

Mainz, 24.01.2014

Antrag **1892/2013/1 zur Sitzung Stadtrat am 04.12.2013**

## **Hilfestellung für Zuwanderer aus neueren EU-Betriebsstaaten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (NEUE FASSUNG)**

Zahlreiche Menschen aus neueren EU-Beitrittsstaaten kommen nach Deutschland und auch nach Mainz. Neben vielen qualifizierten und hochqualifizierten Personen hat die Freizügigkeit auch dazu beigetragen, dass arme Bürgerinnen und Bürger dieser Länder versuchen, bei uns Perspektiven für ein neues Leben und eine wirtschaftliche Existenz zu finden. Unter ihnen sind auch Roma, die in den Herkunftsländern zum Teil schweren Diskriminierungen bis hin zur Gewalt ausgesetzt sind. Sie leben oft unter prekären Bedingungen ohne Arbeit und oftmals ohne menschenwürdige Unterkunft. Diese Probleme treten in Deutschland vor allen in Berlin und dem Ruhrgebiet auf. In Rheinland-Pfalz betrifft dies fast ausschließlich die Städte Mainz und Ludwigshafen.

Als EU-Bürgerinnen und EU-Bürger sehen die Menschen für sich bessere Lebenschancen in anderen Mitgliedsstaaten als in ihren Herkunftsländern und machen von ihrer Freizügigkeit entsprechend den EU-Rechten Gebrauch. Seit 2007 ist beispielsweise eine deutlich gestiegene Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien nach Deutschland zu verzeichnen.

Viele der Zuwanderer, die in der Regel keine EU-Arbeitsgenehmigung erlangen, verfügen weder über finanzielle Mittel zur Bestreitung des Lebensunterhaltes noch über eine Krankenversicherung. Die soziale Notlage der Menschen wird vielfach – durch horrenden Vermittlungsgebühren oder Wuchermieten – missbraucht, was dazu führt, dass die Menschen sich illegal Einkommen beschaffen müssen. Folglich sind eine Zunahme illegaler Beschäftigungsverhältnisse und ein rasanter Anstieg von Gewerbeanmeldungen aus diesem Personenkreis zu beobachten. Die Menschen sind wegen der noch fehlenden Arbeitnehmerfreizügigkeit – bei gleichzeitiger Freizügigkeit des Aufenthaltes – fast in allen Fällen nach SGB II und SGB XII nicht leistungsberechtigt.

Zwar ist ohne Unterstützung der übergeordneten Ebenen eine Lösung auf kommunaler Ebene nicht möglich, gefragt sind vor allem die Bundesregierung und die Europäische Union. Dennoch müssen wir auf kommunaler Ebene tätig werden und setzen uns dafür ein, dass auch diese Menschen, die aus Armutgründen hierher kommen, Hilfen zur Beratung und Integration erhalten.

**Der Stadtrat möge beschließen:**

Die Verwaltung nimmt Kontakt zur Landesregierung sowie zu anderen Kommunen auf, um nach Möglichkeiten für ein gemeinsames Vorgehen bei der Hilfe für Menschen aus den neueren EU-Beitrittsstaaten zu suchen.

Die Verwaltung wird gebeten

1. dafür zu sorgen, dass im Sinne eines Informationsaustauschs die bereits vorhandenen Handlungsleitfäden der Fachdienste und Sozialdienste zu Fragen der medizinischen Versorgung, Finanzierung von Sozialen und medizinischen Leistungen, Arbeitsmarktzugang sowie Rechte und Schutz vor Ausbeutung allen beteiligten Stellen zukommen.
2. ähnlich wie in Duisburg einen Wegweiser in bulgarischer und rumänischer Sprache zu erstellen, der die wichtigsten Informationen zu Arbeit, Gesundheit, Bildung und Beratungsangeboten enthält. Bei der Erstellung sollten die Organisationen, die in Kontakt mit den betroffenen Bevölkerungsgruppen stehen (z.B. Medinetz, Initiativausschuss Migrationspolitik) einbezogen werden.
3. alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um Hilfebedürftigen den Zugang zu unseren Regeldiensten der Sozialen Arbeit und zum Leistungssystem nach SGB zu ermöglichen. Hierzu zählt unter anderem, dass die Betroffenen auch ungefragt über Ihre Rechte und Möglichkeiten informiert werden (wenn nötig mit Dolmetscher) und dass Ermessensspielräume bei der Bewilligung von Sozialleistungen positiv genutzt werden.
4. Gespräche mit dem Job-Center aufzunehmen, um eine bessere Abstimmung zwischen Job-Center, Krankenkasse und anderen sozialen Leistungsträgern im Sinne der Hilfebedürftigen Menschen zu ermöglichen.
5. rechtliche Möglichkeiten zu prüfen und voll auszuschöpfen, um Mitwucher, menschenwürdige Unterbringungen und sittenwidrige Arbeitsbedingungen zu bekämpfen.
6. sich bei der Bundesregierung für den sofortigen Zugang zum heimischen Arbeitsmarkt bei künftigen EU-Beitritten einzusetzen.
7. Die Verwaltung wird gebeten, dem Stadtrat über Schwierigkeiten, die sich aus der Zuwanderung in Mainz ergeben, ausführlich zu berichten und die Handlungsbedarfe, die aus Sicht der Stadtverwaltung bestehen, aufzuzeigen.

Astrid Becker  
(Mitglied des Stadtrats)

